



**Antrag zur Mitgliederversammlung des BWBSV
am 25.02.2018**

Das Präsidium des BWBSV beantragt, die Satzung folgendermaßen zu ergänzen. Die nachfolgenden Paragraphen verschieben sich entsprechend.

Bisherige Regelung	Neue Regelung
- nicht vorhanden -	<p>§ 12 Vergütung und Auslagenersatz</p> <ol style="list-style-type: none">1. Die Verbandsämter werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt.2. Das Präsidium kann bei Bedarf und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage beschließen, dass Verbandsämter entgeltlich auf der Grundlage eines Dienstvertrages oder gegen Zahlung einer pauschalierten Aufwandsentschädigung ausgeübt werden.3. Für die Entscheidung über Vertragsbeginn, Vertragsinhalte und Vertragsende ist das Präsidium zuständig.4. Das Präsidium kann bei Bedarf und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage Aufträge über Tätigkeiten für den BWBSV gegen eine angemessene Vergütung oder Honorierung an Dritte vergeben.5. Zur Erledigung der Geschäftsführungsaufgaben und zur Führung der Geschäftsstelle ist das Präsidium ermächtigt, im Rahmen der haushaltsrechtlichen Tätigkeiten, hauptamtlich Beschäftigte für die Verwaltung anzustellen.6. Weitere Einzelheiten regeln die Finanzordnung und die Geschäftsordnung.

Begründung

Bei der Prüfung der Verbandsfinanzen durch das Finanzamt im Jahr 2017 hat der Prüfer bemängelt, dass der Verband Ehrenamtspauschalen an Mandatsträger bezahlt, ohne dass dies in der Satzung verankert ist.

Im Gegensatz zu früheren Veröffentlichungen der Finanzbehörden, die eine solche Satzungsvorschrift nur erforderten, wenn Mitglieder des Vorstands einen Ehrenamtsfreibetrag erhalten sollen, wird dies nun auf alle gewählten Mandatsträger ausgedehnt.

Der Prüfer des Finanzamts hat unser Vorgehen diesmal kulanzhalber akzeptiert, es uns aber zur Auflage gemacht, die Satzung entsprechend zu ändern.

Die vorgeschlagene Formulierung ist der Mustersatzung des LSB NRW entnommen und wurde genau so auch in die Satzung des DBV aufgenommen.

An der aktuellen Zahlungspraxis soll nichts geändert werden, die Mitglieder des Präsidiums erhalten auch zukünftig wie bisher keine Aufwandsentschädigungen.